

Kraft laut Staatskanzlei nicht mit Atomkugeln befasst

05.05.2011, 13:56 Uhr | dapd



Düsseldorf/Jülich (dapd-nrw). Im Streit über Atommüllkugeln aus dem Ex-Forschungsreaktor Jülich hat die Staatskanzlei Vorwürfe der Opposition zurückgewiesen. Es habe keine "bewusst gesteuerte Kampagne" aus der Regierungszentrale gegeben, sagte Staatskanzlei-Chef Franz-Josef Lersch-Mense (SPD) am Donnerstag im Hauptausschuss des Düsseldorfer Landtags. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) sei mit dem Vorgang nicht befasst gewesen. CDU und FDP erneuerten ihre Kritik.

Anfang April war eine Debatte wegen unstimmiger Angaben des Forschungszentrums Jülich über die auf dem Gelände gelagerten Brennelemente aufgekommen.

REGIONALSEITEN

- [Foto-Serie: Nordrhein-Westfalen in Bildern](#)
- [Alle Meldungen aus Nordrhein-Westfalen](#)
- [Das Wetter in Nordrhein-Westfalen](#)
- [Nordrhein-Westfalen](#)

Wissenschaftsministerin Svenja Schulze (SPD) hatte einem Grünen-Abgeordneten auf Anfrage mitgeteilt, dass der Verbleib von 2.285 Brennelementekugeln aus Jülich unklar sei. Es hieß, sie könnten möglicherweise im Atommülllager Asse in Niedersachsen eingelagert worden sein. Der Bund widersprach dieser Darstellung. Auch das Land räumte daraufhin ein, dass der Atommüll immer in Jülich gelagert worden sei. Unklar ist weiterhin die genaue Zahl der Kugeln, nicht aber die Menge des nuklearen Materials.

CDU und FDP werfen Schulze seit Wochen vor, vorsätzlich falsche Angaben gemacht zu haben, um die Atomdebatte nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima auch in Nordrhein-Westfalen anzukurbeln. Sie fordern ihren Rücktritt. Schulze wies die Vorwürfe zurück. Auch das Bundesforschungsministerium habe Zweifel an den Angaben aus Jülich gehabt. Linke-Fraktionsvize Rüdiger Sagel sprach von einem

"Kommunikations-GAU" der Landesregierung.

Da die Opposition nicht zufrieden mit den Antworten der Staatskanzlei ist, rückt im Landtag nun ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss näher. Ein solches Gremium sei mittlerweile "sehr wahrscheinlich", sagte FDP-Fraktionschef Gerhard Papke. Rot-Grün habe in dem Fall entweder "verantwortungslos gehandelt" oder eine Kampagne für die Anti-Atom-Bewegung gemacht. Beides wäre gleich schlimm, kritisierte der Liberale. "Es ist nicht zu fassen."

CDU-Fraktionschef Karl-Josef Laumann warf der Regierung ebenfalls vor, sie habe ganz gezielt Verunsicherung im aktuellen Atomstreit befeuern wollen. Der CDU-Energieexperte Lutz Lienenkämper bekräftigte, Ministerin Schulze sei "nicht mehr zu halten". Die SPD-Politikerin habe das Parlament belogen.

Der Grünen-Fraktionsvorsitzende Reiner Priggen sprach hingegen von "Mätzchen" der Opposition. Es wäre besser, die nukleare Vergangenheit von Jülich endlich aufzuarbeiten.

Der Versuchsreaktor in Jülich lief von 1966 bis 1988 und wird seitdem zurückgebaut. Er galt als Prototyp für den 1989 ebenfalls von der damaligen SPD-Landesregierung stillgelegten Thorium-Hochtemperatur-Reaktor (THTR) in Hamm-Uentrop.

Die THTR-Technologie unterscheidet sich deutlich von der Funktionsweise der in Westeuropa hauptsächlich verbreiteten Leichtwasserreaktoren. In den THTR sind die von einem Graphitmantel umhüllten, tennisballgroßen Brennelementkugeln übereinander aufgeschichtet. In einem einzigen Brennelement befinden sich wiederum Tausende winzige Kügelchen, die aus Plutonium, Americium und Curium bestehen. Gekühlt werden diese Reaktoren nicht mit Wasser, sondern mit Edelgasen.

dapd

Nordrhein-Westfalen